

## Geschichte des ZENTRUMs

Das ZENTRUM entstand aus der christlichen Arbeiterbewegung und war an der Schaffung der Sozialversicherung 1883 beteiligt. In der Weimarer Republik stellte das ZENTRUM vier Reichskanzler, von denen Heinrich Brüning in der Krisenzeit 1930 bis 1932 wichtige Wirtschaftsreformen anschoß.

Konrad Adenauer war vor 1933

Zentrumspolitiker. Nach dem Krieg gründete er mit einigen anderen Zentrumspolitikern die CDU. Das fortbestehende ZENTRUM arbeitete am Grundgesetz mit.

Heute arbeitet das ZENTRUM

in vielen Orten Deutschlands

auf kommunaler Ebene in den Gemeinde- und Stadträten. Dabei liegt der Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen.

Da die CDU seit Jahren die christlichen Werte mit Füßen tritt, hat das ZENTRUM wieder starken Zulauf.



Historisches Wahlplakat

## Das ZENTRUM in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein wurde der Landesverband der *Deutschen Zentrumspartei* am 12. Juni 2006 wiedergegründet. Landesvorsitzender wurde Uwe Barisch aus Halstenbek. Aus seiner Ära stammt das aktuelle Landesprogramm.

In einigen Gemeinden und Kreisen des Landes trat das ZENTRUM am 25. Mai 2008 zur Kommunalwahl an. Am 20. September 2008 übernahm Torben Frank aus Rendsburg den Landesvorsitz.

Der Landesverband streitet für eine wertorientierte, bürgernahe und bodenständige Politik zwischen den Meeren.

## Wie Sie uns unterstützen können

Am 27. September 2009 ist Bundestagswahl. Damit wir an der Wahl teilnehmen dürfen, benötigen wir für unseren Wahlvorschlag Ihre Unterstützungsunterschrift auf dem amtlichen Formular des Landeswahlleiters.

Für ein besseres Deutschland!



# ZENTRUM

In einer Demokratie bedeutet das Wahlrecht Wahlpflicht. Denn wir müssen die Rechte, welche unsere Vorfäter für uns erfochten, ehren und verteidigen.

Wenn Sie Fragen haben, uns unterstützen oder aktiv mitarbeiten möchten, kontaktieren Sie uns!

### Deutsche Zentrumspartei

**Landesverband Schleswig – Holstein**

**Berliner Strasse 72**

**24837 Schleswig**

**Tel: 04621-27194 Fax: 04621-992454**

**www.zentrum-sh.de**

Geldspenden an uns sind steuerlich absetzbar. Bis 200 € genügt der Beleg oder Kontoauszug, für höhere Beträge senden wir Ihnen zum Ende des Jahres einen Spendennachweis zu.

Bankverbindung

Deutsche Zentrumspartei LV SH  
VR-Bank Flensburg-Schleswig eG  
Kontonr. 4764099 BLZ 21661719



**Landesverband Schleswig-Holstein**



**Christlich - Sozial - Werteorientiert**

[www.ZENTRUM-SH.de](http://www.ZENTRUM-SH.de)

*Sehr geehrte Mitbürgerin,  
sehr geehrter Mitbürger,*

*Die älteste Partei  
Deutschlands lebt  
und blüht wieder auf.  
Das ZENTRUM ist nicht  
verstaubt, es streitet  
für ewiggültige Werte  
und ist deshalb jung  
wie in seinen  
Gründungsjahren.*

*Die Deutsche Zentrumspartei möchte  
gemeinsam mit den Bürgern die moralische und  
intellektuelle Verkommenheit in der Politik  
beenden und daran mitwirken, in Deutschland  
wieder eine Wertegesellschaft zu formen. Wir  
brauchen die Werte zurück, die Deutschland  
einst groß gemacht hatten: Fleiß, Disziplin,  
Ordnung und Leistungsbereitschaft,  
um daraus Lebensqualität für alle zu schaffen.  
Für Wahrheit, Recht und Freiheit!*

*Ihr Torben Frank, Landesvorsitzender*

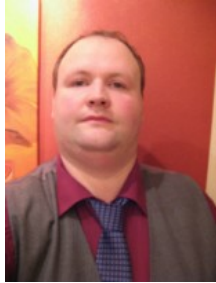
### **Familienpolitik**

*Ehe und Familie sind die Grundlage der menschlichen  
Gemeinschaft. Daher sind ihr jene Mittel bereit zu  
stellen, die sie zur Erfüllung ihrer naturgegebenen  
Aufgabe benötigen und der Freiraum zu gewähren,  
dieser gerecht werden zu können.*

*(Grundsatzprogramm des ZENTRUMs)*

Die Familie als Keimzelle des Gemeinwesens muß  
gestärkt werden. Keine Schwangere oder Mutter darf  
mit ihren Sorgen und Nöten von der Gesellschaft allein  
gelassen werden. Das ZENTRUM lehnt Abtreibungen  
als Mittel der Familienplanung ab. Auch in der  
industrialisierten Gesellschaft muß es möglich sein,  
daß Eltern und Kinder zumindest den Sonntag  
miteinander verbringen können. Arbeitszeit und  
Kinderbetreuung sowie Erziehung durch die Eltern  
müssen in Einklang gebracht werden.

Die hohe Scheidungsrate zeigt deutlich, daß das  
Prinzip der Ehe von den meisten Menschen nicht mehr  
verstanden wird. Bei Scheidungen muß das  
Verschuldensprinzip gelten. Kinder haben das Recht,  
beide Elternteile regelmäßig zu treffen.



### **Wohlfahrt für alle!**

*Arbeit und Wirtschaft haben Jedem  
ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.  
Dies muss außer der Versorgung mit dem Lebens-  
notwendigen auch die Teilnahme an den Kulturwerten  
bewirken. (Grundsatzprogramm)*  
Die Soziale Marktwirtschaft ist für uns unersetzlich.  
Nur die Marktwirtschaft ermöglicht uns allen den  
Wohlfahrt, mit dessen Hilfe wir die Kranken und  
Schwachen unterstützen können. Wir fordern die  
Verantwortung des Unternehmers für seine Mitarbeiter  
auch von den Aktionären der Aktiengesellschaften ein.  
Jeder Arbeiter oder Angestellte muß von seinem  
Einkommen ein würdiges Leben führen können.

### **Sozialpolitik**

Allen leistungswilligen Menschen muß ein men-  
schenwürdiges Leben zugestanden werden.  
Insbesondere dürfen Kinder unter der Armut ihrer  
Eltern nicht leiden.  
Leider gibt es auch Menschen, die es sich in der  
„sozialen Hängematte“ bequem machen. Sie bilden  
aber eine Minderheit. Sie können nicht das Argument  
dafür sein, daß der Mehrheit, die unverschuldet in eine  
Notlage gerieten, Leistungen verweigert werden.  
Arbeit muß sich lohnen! Die Unternehmer stehen in  
der Verantwortung, ihren Mitarbeitern im Rahmen  
einer zumutbaren Arbeitsstundenzahl ein  
menschenwürdiges Auskommen zu ermöglichen.  
Gesundheit darf kein unbezahlbares Gut werden.  
Auch den Ärmsten muß das Gesundheitssystem  
offen stehen und ihnen bei der Heilung  
Chancengerechtigkeit bieten. Es bedarf einer  
Gesundheitsreform, welche den Namen verdient  
statt der Flickschusterei der letzten Jahre.

### **Innere Sicherheit**

*Das ZENTRUM bekennt sich zu den christlichen  
Wurzeln Europas und verteidigt die freiheitlich  
demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes  
der Bundesrepublik Deutschland.  
(Grundsatzprogramm)*

Während der sogenannte Rechtsextremismus  
besondere Aufmerksamkeit erfährt, wird der  
Linksextremismus hofiert und mit Stellen in Projekten  
„Gegen Rechts“ versorgt. Eine wehrhafte Demokratie  
muß sich aber gegen jede Form von Extremismus  
wehren, egal ob Rot oder Braun!  
Auch der Islamismus bedroht unsere Rechtsordnung.

Gefährder gehören ausgewiesen, der Schutz der  
einheimischen Bevölkerung sollte Vorrang vor dem  
Asylrecht haben.

Ausländische Kriminelle sollten schnell nach  
Haftverbüßung ausgeschafft werden. Dieses dient  
auch dem Schutz der vielen ehrlichen und  
leistungswilligen Ausländer, die in Deutschland leben.  
Die deutsche Staatsbürgerschaft sollte allen offen  
stehen, die sich zu unserer Gesellschafts- und  
Rechtsordnung bekennen

### **Sicherheits- und Außenpolitik**

Deutschland muß Israel diplomatisch beiseite stehen.  
Auch muß Deutschland bereit sein, dem  
internationalen Terrorismus weiterhin mit  
Waffengewalt zu begegnen.

Mitglieder der EU sollten nur Staaten werden, die  
unsere abendländische Kultur und Werte teilen. Das  
ZENTRUM lehnt daher den EU-Beitritt der  
morgenländischen Türkei ab.

Neben der engen Westanbindung ist ein  
freundschaftliches Verhältnis zu Rußland für  
Deutschland unverzichtbar. Nur mit Rußland als  
Partner können EU und NATO den Bedrohungen der  
Zukunft erfolgreich begegnen.

### **Bildungspolitik**

Die Deutsche Zentrumspartei fordert die  
Chancengerechtigkeit im Bildungswesen. Alle  
Bildungseinrichtungen müssen jeder geeigneten  
Person ohne finanzielle Hürden offen stehen. Ab dem  
18. Lebensjahr sollte Bafög elternunabhängig allen  
leistungswilligen Schülern und Studenten gezahlt  
werden.

Der Bologna-Prozeß muß überdacht werden, das  
Studium muß zu mehr Wissenschaftlichkeit  
zurückgeführt werden. Eine Verschulung der  
Universität ist der falsche Weg.  
Wirtschaftlicher Erfolg ist abhängig von Kultur und  
Bildung. Die Menschen müssen zur Bildung ermuntert  
werden. Der Respekt vor den Gebildeten muß  
zurückgewonnen werden.

### **Keine CO<sub>2</sub>-Einlagerung!**

Der Landesverband Schleswig-Holstein der Deutschen  
Zentrumspartei lehnt die geplante Einlagerung von  
Kohlendioxid unter dem nordwestlichen Landesteil als  
unverantwortlich ab. Die Landesregierung riskiert im  
Rahmen der Klimahysterie ein Massensterben von  
Mensch und Tier.